

Er scheint täglich
mit Ausschluß der Sonn-
und Feiertage.

Abonnementspreis
für Halle und Umgebungen
pro Vierteljahr 1,50 Mk.
bestraunende (frei Haus)
durch die Post bezogen
1,65 Mk.

Volksblatt

Inserate
werden die Agenturen Geteil-
teile mit 15 Pfg. berechnet;
Bereitungen mit 10 Pfg.

Inserate für die
fällige Nummer
müssen spätestens bis Ver-
mittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

für Halle und den Saalkreis. Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geiße StraÙe Nr. 24, 2. Hof, 2 Treppen.

Die Zeitung ist eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 6255 a, Nachtrag VII.

Nr. 12.

Halle a. S., Mittwoch den 16. April 1890.

1. Jahrg.

Kolonialpolitisches.

Es giebt in Deutschland immer noch eine Menge von Leuten, deren Traum es ist, Deutschland zu einem großen Kolonialreich zu machen.

Zwar dürfte das, was bis jetzt mit großem Aufwand an Kräften und Mitteln erreicht worden, nicht gerade ermutigend sein. Die Zustände in Ostafrika sind keineswegs erbaulich, auch nachdem der „schneidige“ Major Wissmann mit Feuer und Schwert gegen die Eingeborenen vorgegangen ist. Man hat dort nicht nur keine Vorteile wirtschaftlicher Art gewonnen, sondern hat durch strenge und teilweise blutige Maßregeln die Abneigung der Afrikaner gegen die Fremden verewigt. Und dennoch kein eigentlicher Erfolg, denn der Umstand, daß man es nun mit der Härte versuchen will, beweist, daß sich von der Strenge des Herrn Wissmann nichts mehr verspricht.

Aus den westafrikanischen Kolonien kann ebenso wenig wie aus dem Osten von einem Erfolg irgend welcher Art berichtet werden. Wir halten Kamerun besetzt, ja wohl! Aber warum und wozu — darauf wissen wir keine Antwort. Vielleicht reicht unser gewöhnlicher Menschenverstand nicht aus, die hohen Ziele der deutschen Kolonialpolitik zu erkennen.

Man kann uns wahrlich nicht vorwerfen, der Bismarck'schen Politik Vorwurf geleistet zu haben; sie fand uns als Gegner, wo sie immer thätig war. Wir sind Zutraganten gewesen gegenüber dem Bismarck'schen Regiment und würden es heute wieder sein, falls dies Regiment nochmals ins Leben treten sollte. Nur in einem Punkte war uns die Bismarck'sche Auffassung sympathisch: in bezug auf die Kolonialpolitik. Ein Hauptbuch hat uns Aufschluß über die Anschauungen des Kanzlers gegeben und wir fanden dort in bezug auf Samoa den Grundab aufgestellt, daß uns die innern Angelegenheiten der Samoaner nichts angingen — eine Anschauung, von der wir nur wünschen, daß sie die praktische Richtschnur der deutschen Kolonialpolitik geworden wäre. Auch in bezug auf die ostafrikanischen Angelegenheiten sprach sich Fürst Bismarck damals sehr entschieden aus. Er meinte, es würde einen verhältnismäßig zu großen Aufwand an Geld und Menschenleben erfordern, wenn man sich im Innern des Landes festsetzen wolle, und er fügte noch ausdrücklich hinzu, daß seiner Meinung nach die Grenze für den deutschen Einfluß durch die Tragweite der Schiffsgelege gezogen sei. Indem wir dieser Anschauung beipflichten, sind wir der festen Ueberzeugung, daß es für Deutschland überhaupt am besten wäre, wenn es mit Kolonien gar nichts zu thun hätte.

Nun besteht der Plan, neue und noch wenig bekannte

Gebiete für Deutschland zu erwerben, zu welchem Zweck der bekannte Dr. Schnizer genannt Emin Pascha, in den Dienst des Deutschen Reiches getreten ist.

Und hier wollen wir anknüpfen. Dieser Emin Pascha kann uns eine sehr kostspielige Persönlichkeit werden und es wäre offenbar dem Deutschen Reiche viel erprießlicher gewesen, wenn dieser Herr seine kostbaren Dienste auch fernerhin England und Egypten gewidmet hätte.

Wir gehören überhaupt nicht zu der großen Masse, welche Leuten wie Emin Pascha und Stanley eine unbegrenzte Verehrung entgegenbringt und sie als Helden des Jahrhunderts feiert.

In rein wissenschaftlicher Beziehung wollen wir selbstverständlich die Verdienste dieser Herren nicht antasteten; wir erkennen ihren Mut und ihre Aufopferung an, wemgleich namentlich das Gebahren Stanley's etwas sehr geschäftsmäßiges an sich hat. Sie haben der Wissenschaft große Dienste geleistet und uns Aufschlüsse über bis jetzt unbekannte Länder gebracht; Emin hat sich bei seiner Verwaltung der ägyptischen Aequatorialprovinz als ein sehr tüchtiger Mann erwiesen. Abgeschnitten von allen europäischen Verbindungen vermochte er sich im Sudan acht Jahre lang unter den größten Schwierigkeiten zu halten. Das macht ihm alle Ehre.

Aber was uns zu entchiedenen Gegnern von Leuten wie Emin Pascha und Stanley gemacht hat, das ist die Projektentmacherei dieser Herren. Sie begnügen sich selbstverständlich nicht damit, in den Annalen der Wissenschaft einen unsterblichen Namen sich gesichert zu haben; sie heben phantastische Pläne aus und ziehen aus Europa die Mittel und die Menschen an sich, um diese Dinge auszuführen. Es ist ihnen dabei ganz gleich, ob sie uns in die Gefahr internationaler Verwickelungen bringen oder nicht, und sie ziehen auch absolut nicht in Erwägung, ob wir die Opfer, die uns diese Kolonialpolitik auferlegt, gern tragen oder nicht. Der Einfluß dieser Leute ist in gewisser Beziehung ein dämonischer; sie sind es, welche dem in seinen Räten stöhnenden und sich windenden Europa die goldenen Bilder an die Wand malen und den Glauben erwecken und bestärken, als sei für diesen alternden und siechen Weltteil neue Lebenskraft aus Afrika zu holen. Es ist an der Zeit, endlich einmal zu sagen, daß das Treiben der verschwiebenen Afritarsenisten ein verwerfliches ist, wenn es sich um Projektentmacherei handelt; die persönliche Ehrenhaftigkeit und das persönliche Verdienst sollen dabei unangefastet bleiben.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, verhalten wir uns kühl und abtöndend gegen alle alten und neuen Kolonialprojekte. Wenn nur einmal in unserem eigenen

deutschen Vaterlande solche Forscher auftreten und die Lage unseres Volkes genau erkunden wollten; es wäre das leichtere als die Erforschung der Nilquellen, und wir würden dann endlich vielleicht eine Grundlage für eine wirksame Sozialreform gewinnen. So aber vermögen wir uns für Afrika nicht in dem Maße zu interessieren, wie die sanguinischen Kolonialpolitiker, und wir sind der Meinung, daß wir unser Geld, wenn wir doch einmal bezahlen sollen, besser für deutsche, als für afrikanische Angelegenheiten verwenden würden.

Wenn an Stelle des bisherigen „schneidigen“ Auftretens ein milderes kommen soll, so ist das schon recht; schon besser wäre es aber, wir hätten in das afrikanische Wespennest garnicht hinein gegriffen.

Politische Uebersicht.

— Der „Post“ zufolge beschränkt sich die Militärvorlage für die nächste Session auf die völlige Umgestaltung der beiden neuen Armeekorps und auf Ausgleich aller Abnormitäten, die bei den alten Korps durch Aufstellung der neuen entstanden sind. Die sonstigen Militärforderungen wie Formierung von Reservobataillonen und Eskadrons, Erhöhung der Offiziersgehälter u. werden mit dem nächsten Etat zusammenkommen.

— Der Versuch der „Verl. Nachr.“, unter offizieller Flagge selbständige Politik zu treiben, ist schmachlich gescheitert. Der „Reichs-Anzeiger“ ist heute ermüdet, zu erklären, daß die von den „Verl. Pol. Nachr.“ und anderen Blättern gebrachte Mitteilung, daß eine Neuorganisation der Reichs-Zentralbehörden beabsichtigt sei, jeder thatsächlichen Unterlage entbehre.

— Wegen Beleidigung mittelst der Presse hatte sich gestern der Redakteur der „Volks-Ztg.“, Dr. Franz Wehring, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. In ihrer Nr. 12 vom Januar d. J. brachte die „Volks-Zeitung“ die Notiz von dem Hinscheiden des Landrats v. Gottberg und knüpfte daran einige Erinnerungen an die Zeit, wo Herr v. Gottberg und der Landrat Boette in Schlame, als sie sich gegen die liberalen Anwandlungen des Fürsten Bismarck aufgelehnt hatten, auf Befehl des Legation ihres Amtes einfach entbunden worden seien. Die Parallele zwischen diesen beiden Personen und der Art, wie Jeder von ihnen sein Schicksal ertragen, fiel so sehr zu gunsten des Herrn v. Gottberg aus, daß die „Kreuz-Zg.“ damals sogar Veranlassung nahm, diese Fundgebung eines politischen Gegners des Herrn v. Gottberg teilweise abzudrucken. Der jetzige Regierungsrat Boette fühlte sich aber durch die Behauptung, daß er seines Amtes entbunden worden sei, beleidigt, weil er

12] Im Dorf der Schmieb.

Eine Geschichte aus dem Elsaß von Max Vogler.

(Fortsetzung.)

Am meisten Unerfrodenheit und Ausdauer zeigte noch der ältere, der auch, als bereits dicht vor ihren Augen fremde Gestalten auftauchten, seine Hand nicht von den Zügeln ließ und wie bestimmungslos auf die Pferde eintrieb, während der andere schon zurückgeführt war und seine Arme umklammerte, um ihn vor den Heranrühenden mit sich fortzureißen. Jener wollte unter keinen Umständen das Gefährt preisgeben. Als er aber die drohende Nähe der Gefahr erkannte, folgte er endlich dem Drängen des anderen und stürzte nach einem wilden unwilligen Blick, den er auf Wagen und Pferde und jene umringenden Männer zurückwarf, mit ihm davon, seitdem dem Walde zu. Einige der letzteren liefen ihnen wohl in eiligem Laufe nach; aber wie die fliehenden kühl entschlossen den schroffen Abhang, der sich links zum Walde niederstieß, hinabstürzten und in wenigen verwegenen Schritten das Gehölz erreichten, war ihre Spur nicht zu finden, und eine weitere Verfolgung in Anbetracht des immer noch in gleicher Stärke anhaltenden Flockengefüßes und bei dem Dunkel der Nacht von vornherein aussichtslos.

Mit desto größerem Eifer machten sich nun die in folge der Signalpfeife mittlerweile von der ganzen Linie herbeigekommenen Grenzwächter an die Untersuchung des

von jenen zurückgelassenen Wagens; er war vollgestopft mit großen Baumstücken, die die Schmuggler fraglos nächstlicher Weile über die Grenze zu bringen gesucht hatten. Wenn die Aufseher der letzteren lange genug getrollt, daß es ihren größten Anstrengungen, ihrer außerordentlichen Aufmerksamkeit bisher nicht gelungen, dem in der That während der letzten Zeit immer mehr überhand nehmenden Schmugglerwesen auf die Spur zu kommen oder auch nur einen der dabei Beteiligten in ihre Hände zu bringen, so durften sie sich jetzt insofern eines um so größeren Erfolges rühmen, als das unlagerte Gefährt und die durch dasselbe beförderte Last von ganz bedeutendem Wert waren, wenn auch die Ungefundnen unter ihnen ihrem Unmut darüber, daß die Leiter des Gefährts zu entkommen gewußt hatten, lauten und zornigen Ausdruck gaben.

Die Pferde standen jetzt still und den vereinten Anstrengungen der kräftigen Männer gelang es in nicht sehr langer Zeit, den Wagen aus dem mit hartem Geröll erfüllten Graben, in den er hineingeraten, herauszuarbeiten. Jene beiden waren, wie sie zuletzt befürchtet, allerdings sehr weit von der Fahrstraße abgekommen, und es machte, auch nachdem sie über die gefährlichste Stelle hinweg waren, den Grenzwachtern nicht wenig Mühe, das Gefährt auf dieselbe zurückzuführen. Als es gelungen und sie mit ihm das Grenzhaus, das sich auf der höchsten Höhe des Gebirgssammes erhob, erreicht hatten, entschädigten sie sich reichlicher, als es bisher schon der Fall gewesen, durch

kräftigen Zug aus der Branntweinflasche für die Mühe und Arbeit, die ihnen die rauhe, stürmische Nacht gebracht. Pferde und Wagen waren in einem für solche Fälle vorhandenen, windgeschützten Schuppen geborgen; die Männer saßen, froh der erregenden Beute, beim Kartenspiel am warm-lobenden Feuer in der einfach-behaglichen Stube des Grenzhauses beisammen, während draußen um die wettergeschwärteten Mauern der Sturm raste und pfliff und die breiten Äste der alten Fichte schüttelte, die unweit davon durch mehrere an ihr befestigte hölzerne Kreuze manch blutige, schauervolle Unthat kündete, die in der felsumstürzten Einsamkeit dieser wüsten und unheimlichen Höhe schon geschehen. Auch in den Wäudern, unter denen die beiden durch die Grenzaufseher Ueberrachten angstvoll und zornig dahinleitete, blies und heulte wildtrotzig der Wind. Die Kälte hatte sich von Stunde zu Stunde gesteigert und schnitt eilig durch Mark und Bein. Der alles andere zurückdrängende tiefe Unmut über den Verlust ihres Gefährts ließ die fliehenden indes jetzt viel weniger als zuvor das unwirliche Wetter empfinden; sie dachten, sich vor ihren Verfolgern in Sicherheit wissend, zuerst kaum daran, was nun zu thun sei und wohin sie zuverwehrt ihre Schritte richten sollten, und nun, nachdem sie eine geraume Weile über Wurzelknollen und hier überall umherliegende Geröllhaufen, dann und wann auch über kleine Schluchten und tiefere Bodenablenkungen dahingeeirt, strebten sie vor allem zunächst aus dem Gehölz und, wenn möglich, in die Nähe

darin den Vorwurf eines gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens erblickte, während er nur vorübergehend zur Disposition gestellt worden sei. Der Gerichtshof war mit dem Angeklagten der Meinung, daß in dieser Beziehung eine Beleidigung nicht vorliege, er erblickte eine solche aber in der Schlußwendung des Artikels, auf welche der Staatsanwalt selbst gar kein Gewicht gelegt hatte. Der Artikel schloß nämlich seine lobenden Bemerkungen über Herrn v. Gottberg wie folgt: Herr v. Gottberg war ein hochkonventioneller Mann, aber er war ein Mann und ein Gentleman! Der Gerichtshof war nun der Meinung, daß dieser eine Beleidigung des Reg.-Rats Boette liege, da hierin in dem Artikel eben in abfälliger Weise mit dem Herrn v. Gottberg verglichen werde und aus dem ironischen Ton des Artikels sich erkennen lasse, daß Herr Boette nicht als Gentleman bezeichnet werden sollte. Der Gerichtshof verurteilte deshalb den Angeklagten zu 100 M. Geldbuße event. 10 Tage Gefängnis.

Ein Seitenstück zum Fall Vosbart meldet auch die „Sächs. Arbeiterz.“ Danach ist dem sozialdemokratischen Redakteur Wittner aus Dresden, der seit einiger Zeit eine ihm wegen Majestätsbeleidigung justifizierte Gefängnisstrafe in Zwickau verbüßt, eine ganz ähnliche Behandlung zuteil geworden, wie Herrn Vosbart in Jöhrensbaun. Nur die Wille hat man Herrn Wittner gelassen, sonst aber ist demselben alles das widerfahren, was über Herrn Vosbart gemeldet wurde. Insbesondere hat man dem Gefangenen Wittner jede Selbstbeschäftigung untersagt und ihn dazu gezwungen, sich an der Anfertigung von Tischspantöffeln zu beteiligen. Es wird nunmehr der sächsische Minister des Innern, v. Notitz-Ballwitz, veranlaßt werden, sich zu äußern, ob es sich hier ebenso wie in Gotba nur um ein Versehen handelt, oder ob er als Leiter des Gefängniswesens eine derartige Behandlung eines politischen Gefangenen wünscht.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: So wenig man auch von den Vätern der neuen Regierung weiß, in einer Beziehung zeigt sie jetzt schon einen festen Willen und eine kräftig zugreifende Hand, in der Ausföhrung des offiziellen Untrautes, das unter dem Regiment des Fürsten Bismarck lüppig gewuchert hatte und zu einer wahren Reichs- und Landplage geworden war. Dieses Offiziösum glaubte, obgleich jetzt herrenlos, die unflare Lage benutzen zu können, um sich vor dem Publikum in dem Ansehen zu erhalten, als habe es nur den Herrn gewehlet, sei aber das Sprachrohr der neuen Herrschaft genau so, wie vordem der alte. Am meisten drängte sich dabei der bekannte Freund des Herrn v. Scholz vor; während Herr Binder sich vorsichtig zurückzieht und die Spalten, über die jetzt niemand mehr verfügen mag, mittelst emfiger Scherensarbeit zu füllen suchte, spielte Herr Schweinburg den Eingeweihten auf eigene Faust geschäftsmäßig weiter und ließ endlich auch bekommen, von angeblichen Erwägungen an „maßgebender“ Stelle über eine neue Organisation der Reichsämtler zu reden. Dafür erbt er jetzt, daß kurzzer Prozeß mit ihm gemacht wird; der „Reichsanzeiger“ zieht ihm die offiziöse Löwenhaut graum ab und das Publikum erblickt darunter den — ehrenwerten Herrn Schweinburg. Wir freuen uns, daß Herr v. Caprioli dieses Exempel statuiert hat; günstiger könnte sich der Nachfolger des Fürsten Bismarck gar nicht einführen, als durch einen Griff in das offiziöse Wespenneß, das sein Vorgänger zu einem instrumentum regni gemacht hatte. Wir dürfen jetzt wohl mit Gewißheit hoffen, daß der Wunsch der gesamten öffentlichen Meinung, die Regierung möge in einem Blatte, das sie offen als das ihrige anerkennt, ihre Politik bergestalt vertreten lassen, daß jede Partei daraus ihre Pläne und Absichten klar er-menslicher — Wohnungen und auf deutlich bezeichnete Wege zu kommen.

„Hät' ich mit deinen jungen Armen die Hengste herumbringen müssen, ob's bog oder brach!“ — fuhr jetzt der ältere von ihnen nach längerem Schweigen den anderen an. „Ging alles zum Teufel, besser bei ihm als den Kerlen, die nun den Bauch recken vor Stolz und sich in die Fäuste lachen ob ihres Fangs! — Hölle und Satan aber auch, dieses Geföhber und Gepeife, das uns seitab gebracht und uns dem verdammten Rest grad vor die Nase gewetzt! — 's kann uns ruinieren, — 's war kostbare Frucht — he, thu's Maul auf, — was redst' du nicht?“

Er stieß dabei seinen Begleiter ziemlich unsanft in die Rippen, daß dieser ein paar Schritte zur Seite trat, sich aber alsbald ihm wieder näherte und neben ihm weiter ging.

„Was hält das Gezänk?“ sagte er unwillkürlich. „Ich komm' nicht kräftiger zugreifen, als ich's gethan. Vergelt's dem Bösen, der uns in das verfluchte Loch hineingelockt! Jetzt scheint's nützlich, zu suchen, wo man unter den Sparten kommt, wenn wir nicht diese ganze Wolfshand unter freiem Himmel bleiben und erfrieren wollen!“

„Milchfnd, das den Ofen sucht, wenn der Fuchs mit der Gans davonläuft!“ schmätzte der andere. „Hast's g'hört? — Ruinieren kann uns der ganze Handel, ruinieren! Schau' dich um dann, wer dir's Nest wärmt! — Tod und Teufel.“ — und der Sprechende zog

kennen könne, in Erfüllung gehen wird. Das wäre ein Fortschritt, der auf die Beziehungen der Parteien zu einander und zur Regierung von gütigster Wirkung sein und das schimmliche Element der Vergiftung des politischen Kampfes aus dem öffentlichen Leben verbannen würde. Für die Schweinbürger und Genossen öffnen sich vielleicht dieselben freigebigen Hände in Hamburg, die eben erst wieder einem Großgrundbesitzer mit 47,000 M. unter die Arme gegriffen haben.

— Vom Berner „Bund“ übernimmt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ die Nachricht, daß eine Erneuerung des Niederlassungsvertrages zwischen Deutschland und der Schweiz bevorstehe. Nach derselben offiziellen Quelle will Deutschland bezüglich des vielberufenen Artikels 2 die Schweizer Auslegung annehmen. Die letztere geht bekanntlich dahin, daß die Schweiz das Recht habe, von den bei ihr Niederlassung nehmenden Ausländern Legitimationspapiere zu verlangen, während die deutsche Regierung bisher die Ansicht vertrat, daß dies eine Pflicht der Schweiz sei. Wenn die Werbung des „Bund“ sich bestätigen sollte, so würde die unerquickliche Streitfrage, die zu so ersten Auseinandersetzungen führte, in der einzig richtigen Weise erledigt werden. Angesichts dieses Ausgangs erinnert man sich der Hege, die unsere sogenannte gutgesinnte Presse gegen die Schweiz inszenierte, und der Beschimpfungen, die unabhängige deutsche Blätter ob ihrer objektiven Haltung von derselben Seite erfuhren. Wenn jetzt die deutsche Regierung die von der Schweiz vertretene Auslegung des Artikels 2 sich aneignet, so erfährt die Stellungnahme der unabhängigen deutschen Presse in dem Handel mit der Schweiz eine verspätete aber glänzende Genehmigung. Die offiziöse und nationalliberale Presse aber, die den Konflikt mit der Schweiz in frivoler Weise schürte, hat keine Ursache, auf diesen Ausgang stolz zu sein.

— Aus Hamburg wird gemeldet, daß man verliert, den Fürsten Bismarck zur Annahme eines Reichstagsmandats zu bewegen.

— Bei der am 10. d. M. im 1. Wahlkreise des Großherzogtums Hessen (Wiesbaden) stattgefundenen Reichstagswahl wurden nach amtlicher Feststellung 16 626 St. abgegeben; davon erhielten Kaufmann Wilhelm Biedenbach-Berlin (Antisemit) 8890 und Landrichter Dove-Frankfurt a. M. (Dir.) 7736 St. Ersterer ist somit gewählt.

Lokales.

Halle, 15. April.

1. In der Stadtordehnung vom 14. April hatte der Magistrat der Stadtordehnungsverwaltung dem Antrag unterbreitet, die Verbindungsstraße nach dem Schlachthof zwischen der Delitzscher- und Berlinerstraße von ihrer ursprünglichen Breite von 20 m auf 15 m herabzusetzen, da zwei Grundstücke besitzer, die Herren Maurermeister Friedrich und Kenner Boyer sich entschieden weigern den Entwässerungskanal durch ihr Grundstück gehen zu lassen. Namens der Baukommission ersucht Herr Feiler den Magistrat abzulehnen. Die Herren Sanitätsrat Hüllmann und Justizrat Herzfeld spre in ihre Verwendung über: das Verbalten der beiden Interessenten aus; es sei doch kein „guter Patriotismus“ sich ablehnend gegenüber einem so nützlichen Institut zu verhalten. Herr Oberbürgermeister Staube und Stadtbaurat Lohmann traten für den Magistratsantrag ein, denn wenn erst das Enteignungsverfahren eingeleitet werden sollte, so wird der Anfang zur Bebauung wieder in weite Ferne gerückt. Der Magistratsantrag wird abgelehnt und beschlossen das Enteignungsverfahren einzuleiten. Die Anträge, den bei der Vorburg in die Saale mün-

denen Abflussskanal unterirdisch wie bei der Jägerbrücke heraurichten und die Verlagerung der Landwehrstraße werden abgelehnt. Die Befolgung des Feuerwehredirektors Herrn Stadtbauinspektor Rüdiger wird angenommen. Zur Erbauung einer Fährte von der Ziegelwiese nach der Peßnitz werden 3000 M. bewilligt.

denen Abflussskanal unterirdisch wie bei der Jägerbrücke heraurichten und die Verlagerung der Landwehrstraße werden abgelehnt. Die Befolgung des Feuerwehredirektors Herrn Stadtbauinspektor Rüdiger wird angenommen. Zur Erbauung einer Fährte von der Ziegelwiese nach der Peßnitz werden 3000 M. bewilligt.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht vom 14. April.

Der Arbeiter Karl L. war angeklagt, seinen Sohn ohne Erlaubnis von der Schule fern gehalten zu haben. Angeklagter entschuldigt sich damit, er sei katholisch, sein Sohn habe die Kommunion im November erhalten und das 14. Lebensjahr in der Zeit überschritten; seine Frau habe das Fernbleiben sowohl beim Rektor der Schule und auch beim hiesigen katholischen Pfarre angeordnet; beide hätten nichts dagegen gehabt. Er habe, wie er hier, bei allen seinen Kindern gehandelt, ohne bestraft zu werden, er sei im guten Glauben gewesen. „Ich bin ein guter Christ, sollte ich aber bestraft werden, will ich mit den ganzen Sachen nichts mehr zu thun haben“, schloß Angeklagter seine Verteidigung. Obgleich hier wohl die Schullosigkeit aus den oben angeführten Gründen hervorwog, mußte doch noch dem Wortlaut des Gesetzes eine Befristung einreten. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 14 M. 50 Pfg., event. 3 Tage Gefängnis. Der Präsident empfahl dem Beurteilten nach Lage der Sache ein Gnadengesuch durch den Pfarre einreichen zu lassen. „Ich will mit dem Herrn nun nichts mehr zu thun haben“, antwortete der Beurteilte und entfernte sich. — Die Arbeiter Ernst B., Gustav R. und Ernst D. aus Giebichenstein wurden der gewerbmäßigen Verletzung angeklagt. Erstere beiden wurden frei gesprochen, letzterer zu 7 Tagen Haft verurteilt. — Die Ehefrau des Schlossers B. aus Giebichenstein wurde wegen fabrikmäßiger Brandstiftung zu der niedrigen Strafe von 6 M. verurteilt. Angeklagte soll während ihrer Abwesenheit nicht die nötigen Vorkehrungen gegen zur Verbütung von Feuersgefahren getroffen haben; dieselbe hatte ihrem Ehemann Mitteilungen zur Arbeit getragen. Untertassen hatten die Kinder mit Streichhölzern gespielt, wodurch Papier und andere Hausgegenstände in Brand geraten waren. Weitere Folgen wurden durch Eingreifen von Nachbarn, denen es auch schnell gelang das Feuer zu löschen, verhindert.

Aus Rath und Fern.

Vernburg, 11. April. Eine schändliche, ruchlose That hat gestern, wie das Vernburger Wochenblatt zu melden weiß, eine ganze Anzahl von Menschenleben in die äußerste Gefahr gebracht, und nur einer gnädigen Fügung ist es zu danken, daß entsetzliches Unglück abgewendet ist. Im Moorfelde, nahe derjenigen Stelle, wo die neue Bahndirektion Calb.-Gönnern die Straße nach Hohenleben schneidet und wo sich eine Vertiefung des Terrains vorfindet, haben Bubenzände Bahnschwellen zwischen die Schienen gekleid und erstere mit Steinen besetzt. Möglich brauchte ein stark besetzter Arbeiterzug von Niemburg heran, der auf der schiefen Ebene nicht zu halten gewesen wäre, selbst wenn das Hindernis, das den Zug zum Entgleisen bringen sollte, rechtzeitig bemerkt hätte. Doch die göttliche Vorsehung hielt ihre schützende Hand über die zahlreichen Insassen des Zuges. Der letztere übersprang die gefährdete Stelle und fand glücklicherweise jenseits des Hindernisses die Schienen wieder, sodas, abgesehen von der heftigen Erschütterung, Niemand Schaden erlitt. Hoffentlich gelangt es, die nichtswürdigen Attentäter ausfindig zu machen.

beschwerlichen Wege bisher weit mehr Zähigkeit und Frische als der andere behauptet, stets langsamer, und er begann zu keuchen, denn das Atemholen wurde ihm schwer und den Beinen des harten Dienstes zu viel. Anfangs suchte er seine sich immer mehr geltend machende Ermattung noch zu verborgen, und er nahm sich zusammen und hielt nach eingetretenerm Tempo mit seinem Begleiter wieder gleichen Schritt. (Fortsetzung folgt.)

Angeführt. Die Berliner „Lust. Bl.“ bringen folgende niedliche Geschichte: Der arme Budelbauer aus dem Waldorfe hat ein Anliegen an den gestrengen Herrn Amtmann. Der Gehtrengte ist groß und rüchloslos, wird aber sehr jugendlich, wenn er irgend ein willkommenes Geschenk weiter. Das weiß der Budelbauer, als er sich zu dem Gehtrengten begibt. Der Amtmann trägt den Birnsteller zuerst groß an. Möglich fällt sein Blick auf den Kopf des Bauern. Die Züge des Gewaltigen erbellen sich, er schmunzelt und betrachtet einen bestimmten Punkt des Kopfes mit sichtbarlichem Wohlgefallen. „Die Sache ist schon bewilligt lieber Mann, hier habt Ihr den Schein“, sagte er freundlich. „Den Hafen könnt Ihr draußen in der Küche abgeben.“ — „Weldem Hafen?“ fragt der Budelbauer recht unschlüssig. — „Nun, den Hafen, den Ihr unter'm Kopf habt!“ — Da knöpfte sich der alte Büffelsack ganz erkannt den Kopf auf. „Nichtig!“ ruft er entrüstet, „da haben mit meine Raders von Jungen ein paar alte Hakenproten an den Kopf genäht!“

1. Hal
gestern
Herrn B
weger a
an der C
sich entwi
weisen im
sei es mit
kurzfristig
hätten de
Statt gen
hätten fie
u. l. w. v
Referent
Gewerksch
Arbeitert
gelangt zu
der auf d
einen weit
lichen A
Ergebnis
auch die
Die lange
sich führt
Walgere
Beifall ge
durch die
abgelehnt
Feiertag z
führt, daß
nicht gere
dem Steig
In einer
abend soll
— Die
Leuser
beitgeber
um einige
Förderung
schätze e
Stunde zu
allgemeine
was an di
war eine
bewilligt,
leben sich
haben werd
— Die
zeit gefehr
erhöhung i
Berlin.
den Ziegel
beugen, b
Sobald e
auf der ei
selben zu
eigiger den
Arbeiter.“
Breslau
aus Ober-
auf der
oben ver
eine Bohne
Mainz,
uegubere
welder
egen And
wurde
meister z
lebensfänd
müßigen
häufigkeit
Schne
strigen
nen öffe
Allgemeine
 herein tra
In Ven
eigiger der
a verbind
eroot, m
nmissionf
oben die
ore sämtl
bindung
lefen Abt
erter ann
Personen
gaben.
Derre
o, so
an die
auch e
januari
rien sie

Arbeiterbewegung.

1. Halle. Eine öffentliche Malerverammlung tagte gestern Abend im „Rosenhof“ unter dem Vorsitz des Herrn Brenneisen. Das Referat war Herrn Hohlweger aus Berlin übertragen worden. Referent wies an der Geschichte nach, wie das Handwerk stufenmäßig sich entwickelt und verweilt des längeren bei dem Zunftwesen im Mittelalter. Seit der Einführung des Dampfes sei es mit dem Handwerk stetig bergab gegangen. Die Kurzichtigkeit der damaligen vorangehenden Handwerker hätten den Niedergang des Handwerkes mit verschuldet. Statt genossenschaftlich gegen das Kapital zu arbeiten, hätten sie einzeln durch Verlängerung der Arbeitszeit u. s. w. versucht, den Kampf mit demselben aufzunehmen. Referent streift nun kurz die Geschichte der englischen Gewerkschaften, kommt dann auf den internationalen Arbeiterkongress im vergangenen Jahre zu sprechen und gelangt zu dem Schluss, daß nur durch die Durchführung der auf denselben gefassten Beschlüsse die soziale Frage einen weiten Schritt vorwärts komme. In den kaiserlichen Erlässen und der vor kurzen tagenden internationalen Arbeiterschutzkommission sieht Referent einen Erfolg des Kongresses. Wie alle Handwerker, müssen auch die Maler für Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Die lange Arbeitszeit frumpft den Kollegen ab. Schließlich führt Referent die praktischen Erfahrungen für das Malergewerbe an. Dem Referenten wurde reichlicher Beifall spendet. Eine Resolution, den 1. Mai nur durch eine große Versammlung abends zu feiern, wird abgelehnt, dagegen beschlossen, den Tag als wirklichen Feiertag zu begehnen. Zur Lohnbewegung wurde angeführt, daß die Zunahme das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt habe. Die Lohnaufbesserungen sei dem Steigen der Lebensbedürfnisse nicht entsprechend. In einer großen öffentlichen Versammlung am Sonnabend soll endgültig hierüber beschlossen werden.

Die Arbeiter in dem Baugeschäft von Robert Leuschner, Wuhersstraße, wandten sich an ihren Arbeitgeber mit der Bitte um Aufbesserung ihres Lohnes um einige Pfennige pro Stunde und motivierten diese Forderung damit, daß den Zimmerern im selben Geschäft eine Lohnerhöhung von 36 auf 40 Pf. pro Stunde zugestanden worden sei und an diese ja im allgemeinen nicht die Anforderungen gestellt würden, wie an die Tischler. Herr Leuschner hat den Tischlern zwar eine Erhöhung des Lohnes auf 40 Pf. pro Stunde bewilligt, ihnen aber gleichzeitig gekündigt, sodas dieselben sich nur 14 Tage des neuen Lohnes zu erfreuen haben werden.

Die Kesselschmiede der Bernerischen Fabrik haben seit gestern Morgen wegen Nichtbewilligung einer Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt.

Berlin. Um einem Ziegeleiarbeiter-Ausstand auf den Ziegeleien von Rathenow und Umgegend vorzubeugen, haben 27 Ziegeleifirmen den Beschluß gefaßt: Sobald ein partieller Streik von den Ziegeleiarbeitern auf der einen oder anderen Ziegelei oder auf mehreren derselben veranlaßt wird, stellen sämtliche Ziegeleibesitzer den Betrieb ein und entlassen sofort sämtliche Arbeiter.

Breslau, 12. April. Wie die „Breslauer Zeitung“ aus Ober-Schlesien meldet, haben sämtliche Förderleute auf der „Giesche-Grube“ die Arbeit eingestellt. Dieselben verlangen einen achtstündigen Arbeitstag und eine Lohnerhöhung.

Mainz. Hier droht ein Streik der Drochsenkutscher auszubrechen. Dieselben hielten eine Versammlung ab, in welcher Klagen gegen Polizeibehörden und Beschlüsse gegen Anordnungen der Polizei zur Sprache kamen. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an den Bürgermeister zu richten und um Abstellung der geäußerten Mißstände zu bitten. Sollte diesem Wunsche nicht nachgegeben werden, so wollen sämtliche Kutscher ihre Tätigkeit einstellen.

Schwabed a. Elbe, 13. April. In einer am gestrigen Abend im Saale der „Reichshallen“ abgehaltenen öffentlichen Arbeiter-Versammlung hat sich ein allgemeiner Arbeiterverein gebildet. Dem neugegründeten Verein traten sogleich 136 Mitglieder bei.

In Genthin und Umgegend haben sich die Ziegeleiarbeiter verbunden, um einen ewigen Arbeiterausstand zu verhindern. Treten die Arbeiter mit Forderungen hervor, welche nach Ansicht der dieser Unternehmerkommission als ungerechtfertigt zu betrachten sind, so haben die der Vereinigung angehörenden Unternehmer die sämtlichen Arbeiter binnen 24 Stunden (also ohne Kündigung) zu entlassen. Wenn einer der Unternehmer seinen Abmachungen zuwiderhandelt und streikende Arbeiter annimmt, so hat derselbe für jede der arbeitenden Personen eine Konventionstrafe von 100 Mark zu zahlen. — Da aber jede Forderung der Arbeiter von dem Herrn Unternehmern als ungerechtfertigt erklärt wird, so müssen sie eben jede Forderung unterlassen. In dieselben dies aber nicht wollen, so müssen sie auch organisieren und setzen zum Anschluß an die Demonstration zu bewegen suchen — denn nur vereint können sie etwas erreichen.

Kollegen! Arbeiter!

Der Streik in der Berlin-Neuendorfer Aktienspinnerei ist zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen. Dank der Anteilnehmlichkeit der Arbeiter und der großen Humanität des Direktors. Für einen Kollegen sind wir eingetreten, dafür sind neun Kollegen mit zwölf Arbeiterinnen gemäßiget, die neun Kollegen haben zusammen 35 Kinder zu ernähren. Von den neun Kollegen waren zwei je 19 Jahre, einer 9 1/2 Jahre in der Fabrik beschäftigt. Davon hat sich einer infolge der Arbeit einen doppelten Bruchschaden zugezogen, einem anderen ist die Brust am linken Oberarm gerissen. Trotzdem dieselben stets treue und fleißige Arbeiter waren, werden sie jetzt auf das Pflaster geworfen, weil sie es gewagt haben, für ihre Leberzeugung einzutreten, da sie doch unmöglich ruhig zusehen konnten, wie ein braver Arbeiter und Familienvater ungerechter Weise leiden sollte. Also trotz langer pflichttreuer Arbeit wirft man uns jetzt auf das Pflaster, ohne mit der Wimper zu zucken.

Darum Kollegen! Arbeiter allerorts, zum zweitenmale treten wir an Euch heran, mit der Bitte um Unterstützung, helft uns in unserer Not, daß nicht der Gesichts triumphiere.

Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Gustav P e t s c h e, Rowawes, Wühlenstraße 7.

An die Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands!

Der internationale Arbeiterkongress, welcher am 14. Juli des vorigen Jahres in Paris zusammentrat, faßte in der Sitzung des 19. Juli folgenden Beschluß:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.“

In anbetragt der Thatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbunde (Föderation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“

Dies ist der Wortlaut des Beschlusses in möglichst treuer Uebersetzung.

Der Kongress hat also nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden soll. Die Art und Weise der Ausführung ist dem Ermessen der Arbeiter der verschiedenen Länder überlassen worden.

Insbesondere ist nicht davon die Rede gewesen, daß am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen solle. Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf einschlägigen Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Kongress zurückgewiesen wurde.

Der Zweck des Beschlusses war, eine gleichzeitige Kundgebung der Arbeiter aller Länder zu veranlassen, um die Einheitslichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter zu klarem Ausdruck zu bringen. In der Einheitslichkeit und Allgemeinheit der Kundgebung liegt ihr Wert. Es muß also alles vermieden werden, was der Kundgebung diesen imposanten Charakter der Einheitslichkeit und Allgemeinheit nehmen könnte.

Ein allgemeines Hüben der Arbeit läßt sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich erreichen; im wesentlichen dieselben Gründe, die den Kongress veranlassen, den allgemeinen Streik zu verwerten, stellen sich auch dem Plan einer solchen allgemeinen Arbeiterfeier, dem allgemeinen Hübenlassen der Arbeit für die Dauer eines bestimmten Tages, entgegen.

In diesen Erwägungen kommen noch politische Bedenken; es legt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeiterfrage in Deutschland jetzt alles aufbieten, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar d. J. zu entziehen. Wer die Presseorgane der Bourgeoisie liest, erfährt aus denselben, daß die Feinde der Arbeiterfrage auf den 1. Mai große Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werde.

Unter solchen Umständen können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tag allgemeiner Arbeitruhe machen.

Ein solcher Beschluß würde nicht durchzuführen sein; er würde in den Arbeiterkreisen selbst vielfach auf Widerstand stoßen; er würde möglicherweise wirtschaftliche und politische Konflikte von unabsehbarer

Tragweite veranlassen und den Zweck der Manifestation nur Abbruch thun.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nötig, Siegesdau zu halten noch dem großen Aufmarsch und Sieg des 20. Februar.

Das, worauf es ankommt, und das, was der Pariser Kongress gewollt hat, ist eine allgemeine, imposante Kundgebung der Arbeiter zu gunsten des Achtstundentages und der nationalen und internationalen Arbeiterschutzbewegung. Die deutsche Arbeiterkraft soll möglichst in ihrer Gesamtheit den 1. Mai feiern, und dieser Zweck wird voll und ganz erreicht durch Abhaltung von Arbeiterversammlungen, Arbeiterfeste und ähnliche Kundgebungen, auf denen Massenbeschlüsse im Sinne des Pariser Kongresses gefaßt werden.

Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikte erwirken kann, da möge es geschehen.

Ob nun aber das eine oder das andere am 1. Mai geschieht, überall wo Massenversammlungen stattfinden, empfehlen wir den Leitern dieser Arrangements aufs Dringendste, durch Ausstellung zahlreicher Ordner, die äußerlich kenntlich sind, dafür zu sorgen, daß es zu feineren Störungen und unliebsamen Austritten kommt.

Weiter empfehlen wir unbeschadet der Gestalt, welche die Manifestation annimmt, allüberall die Sammlung von Massenunterschriften für eine Petition an den Reichstag zu organisieren, in welcher die Verwirklichung der Beschlüsse des Pariser internationalen Arbeiterkongresses gefordert wird.

Dieser Petitionssturm soll am 1. Mai beginnen, und die Sammlung der Unterschriften soll die nächsten Monate hindurch bis Ende September d. J. ununterbrochen betrieben werden.

Die Petitionsformulare sind vom 22. d. M. ab in beliebiger Anzahl unentgeltlich in den Expeditionen der deutschen Arbeiterblätter in Empfang zu nehmen, und die unzureichenden Petitionen sind auch wieder an diese abzuliefern.

Endlich muß die Manifestation auch benutzt werden, überall neue Arbeiterorganisationen, wo solche noch nicht bestehen, ins Leben zu rufen und die bestehenden Organisationen zu festigen. Ohne Organisation im Kampfe kein Sieg.

In jedem Fall rechnen wir in all diesen Dingen auf die thätige Mitwirkung der Arbeiterpresse.

Sind nicht überall Redner vorhanden, welche in Versammlungen die Beschlüsse begründen können, so werden sich doch überall tüchtige Genossen finden, welche die Resolution, deren Wortlaut wir nachstehend folgen lassen, vortragen und mit den angemessenen Erläuterungen versehen können.

Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Die Pflichten, welche das Vertrauen unserer Wähler die Beschlüsse dreier Parteikongresse und der Zwang der Verhältnisse uns auferlegen, sind die Veranlassung, daß wir in dieser Angelegenheit das Wort nehmen, obgleich schon mehrfach Beschlüsse bezüglich der Feier des 1. Mai gefaßt sind.

Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir wissen, daß Ihr auf der Höhe Eurer Aufgabe steht. Ihr werdet auch am 1. Mai die vollkommene Haltung bewahren, der wir den Sieg des 20. Februar verdanken.

Wir wissen, Ihr seid Euch der Bedeutung des Momentes voll bewußt, und Ihr werdet durch Masseneinnahme an der Manifestation des internationalen Arbeitermaitags, Euch des Vertrauens, mit welchem die Arbeiter der Welt auf die Sieger des 20. Februar blicken, würdig zeigen.

Halle a. S. den 13. April 1890.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages.

Auer. Bebel. Birk. Bloß. Bock. Bruhns. Dietz. Dreesbach. Förster. Frohme. Geyer. Grillenberger. Harm. Heine. Hickel. Joest. Liebknecht. Meißner. Metzger. Molkenbühr. Schippel. Schmidt (Frankfurt). Schmidt (Mittweida). Schultze. Schumacher. Schwarz. Seifert. Singer. Stadtthagen. Stolte. Tutzauer. Ulrich. Vollmar. Wurm.)

(Den Wortlaut der Resolution teilen wir in nächster Nummer mit.)

*) Die folgende Unterchrift unserer Kollegen K u n e r t erklärt sich daraus, daß derselbe sich wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchungshaft befindet.

Vermischtes.

* Ein Präses im Gießlerverein. Zu welcher Ehre die sozialdemokratischen Abgeordneten noch kommen können, darüber wird aus Oberhesseln gemeldet: In einer Stadt, in der Herr Bebel als Reichstagskandidat aufgestellt war, hat der dortige katholische Gießlerverein eine Verammlung einberufen zum Zwecke der Vorstandswahl, zu welcher 18 Mitglieder erschienen waren. Bei der Wahl des Vorsitzenden erhielt Herr Selbiger sieben und Herr Bebel sechs Stimmen. Eine Stimme mehr, dann könnte Herr Bebel sein neues Amt als Vorsitzender des katholischen Gießlervereins antreten.

